

SPD-Landesparteitag  
24./25. Oktober 2008 in Naumburg

**Beschlussbuch des 10. ordentlichen  
SPD-Landesparteitages  
Sachsen-Anhalt**

Inhaltsverzeichnis:

<b>Titel</b>	<b>Seite</b>
Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns	2
Unterschriftenkampagne zur Bundestagswahl 2009 gegen den Bildungsföderalismus	2
Gesichertes Alter in einer sozialen Gesellschaft	3
Für ein einheitliches zukunftsfestes deutsches Rentenrecht	8
Hartz IV	8
Mehr Ganztagsbetreuung für Kinder in den Kindertagesstätten und Schulen	9
Mittagsversorgung und Einführung einmaliger Hilfen in besonderen Lebenslagen nach dem SGB XII	9
Kostenfreies Mittagessen für Kinder einkommensschwacher Familien	9
Pendlerpauschale sozial gerecht gestalten	10
Sicherung bedarfsorientierter Frauenhausplätze in der mittelfristigen Finanzplanung des Landeshaushaltes	10
Keine einseitige Belastung gesetzlich Krankensversicherter durch Zusatzbeiträge	10
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bekämpfen- eine Querschnittsaufgabe von Politik, Staat und Gesellschaft	11
Verbesserung von Intervention und Prävention bei Jugenddelinquenz	17
Initiative für eine Länderfusion	20
Bürgerliche Freiheitsrechte verteidigen	20
Initiative zur Reduzierung der Kosten von Polizeieinsätzen bei Fußballspielen und anderen Großveranstaltungen	20
Geschlechtsspezifische Programme für Frauen und Mädchen zur nachhaltigen Bekämpfung von Rechtsextremismus	21
Erhöhung der Diäten der Bundestagsabgeordneten an die Rentenerhöhung koppeln	21
Medienvielfalt ausbauen und den lokalen Hörfunk stärken	21
Chancengleichheit für Frauen in gemeinnützigen Einrichtungen und privaten Unternehmen weiter fördern	22
Mehr Frauen in Führungspositionen und Gremien	23
Änderung des Bundesgleichstellungsgesetzes	24
Energieversorgung sozial gerecht gestalten	24
Den öffentlichen Personenverkehr stärken	25
Generelle Urabstimmung über den Spitzenkandidaten bei Landtags- und Bundestagswahlen	25
Bundesversammlung	25

**Beschluss LPT-2008-01**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns**

*Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen.*

Zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag, die SPD-Bundestagsfraktion.

Wir fordern die flächendeckende Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Angesichts der existenziellen Bedeutung für die Beschäftigten im Niedriglohnssektor ist dies unabdingbar.

Wir fordern die Bundestagsfraktion auf zu prüfen, wie gesetzlicher Mindestlohn und öffentliche Auftragsvergabe in einem Vergabegesetz miteinander verknüpft werden können.

**Beschluss LPT-2008-02**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Unterschriftenkampagne zur Bundestagswahl 2009 gegen den Bildungsföderalismus**

*Der Landesparteitag hat beschlossen:*

Der SPD-Landesparteitag fordert den SPD-Parteivorstand der SPD auf, begleitend zum Bundestagswahlkampf 2009 eine Unterschriftenkampagne zum Ende des Bildungsföderalismus und für eine Bündelung von Kernkompetenzen im Bereich Bildung auf Bundesebene durchzuführen und dieses Thema allgemein zu einem Themen- und Wahlkampfeswerpunkt der SPD zu machen.

# **Beschluss LPT-2008-03**

## **24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

### **Gesichertes Alter in einer sozialen Gesellschaft**

#### ***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Schon immer war es ein Traum der Menschen, ein langes und erfülltes Leben zu führen. Bevölkerungsprognosen belegen auch für Sachsen-Anhalt, dass der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung infolge höherer Lebenserwartungen und anhaltend geringer Geburtenraten steigt.

Die Gesellschaft der Zukunft wird eine Gesellschaft längeren Lebens sein. Die Menschen bleiben länger gesund, an das Arbeitsleben schließt sich zunehmend eine Dritte, ausgedehnte Lebensphase an. Jeder Mensch soll im Alter aktiv und kreativ am gesellschaftlichen Leben und in der Arbeitswelt teilnehmen können. Das Engagement und die Erfahrungen der Älteren bereichern unser Land wirtschaftlich, politisch und kulturell.

In der Diskussion über die Finanzierung des Sozialstaates und die Folgen des demografischen Wandels muss das Verhältnis zwischen den Generationen neu bestimmt werden. Von konservativer Seite wird in diesem Zusammenhang von einem drohenden „Generationenkrieg“ gesprochen. Den Alten gehe es zu gut, den Jungen zu schlecht. Diejenigen, die den Rückbau des Sozialstaates für notwendig halten, führen neben ihren bisherigen Argumenten wie der Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit oder der Beschneidung der individuellen Freiheiten nunmehr auch noch die Interessen der nachrückenden Generation gegen den Sozialstaat an.

Die längere Lebenserwartung, der frühe Renteneintritt, die Inanspruchnahme des medizinischen Fortschritts sowie die erarbeiteten Ersparnisse und Rentenanwartschaften haben dazu geführt, dass die Rentnerinnen und Rentner im Allgemeinen und die ostdeutschen Rentner im Besonderen oftmals als die einzigen Nutznießer dieses demografischen Wandels bezeichnet werden.

Auf solch einen Verteilungskampf lassen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns nicht ein. Für diesen Veränderungsprozess muss die Politik vorausschauend Lösungen erarbeiten. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, deren Verwirklichung im Zusammenspiel der Interessen aller Altersgruppen besteht; eine Gesellschaft in der wir alle zusammen die Gegenwart gestalten und damit den Grundstein für eine gemeinsame Zukunft legen. Das Fundament des Sozialstaates bilden auch in Zukunft staatlich verbürgte soziale Sicherung und Teilhabe, der einklagbare Rechtsanspruch auf Sozialleistungen sowie die Arbeitnehmerrechte. Wo die Erwerbsformen flexibler und häufig auch prekärer werden, wird die zentrale Funktion des Sozialstaates noch wichtiger: Sicherheit im Wandel zu gewährleisten. Vorsorgende Sozialpolitik gewinnt zunehmend an Bedeutung. Sie fördert u.a. existenzsichernde Erwerbsarbeit, setzt auf Gesundheitsprävention, verhindert Ausgrenzung und erleichtert berufliche Integration. Sie entlässt aber auch niemanden aus der Verantwortung für das eigene Leben.

#### **2     Armutrisiko begegnen**

Die oben skizzierte gegenwärtige Situation vieler Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland verändert sich, betrachtet man analog zu den Bevölkerungsprognosen einen Zeitraum bis 2025. Die Erwerbsverläufe aus der DDR-Zeit verlieren nach und nach an

Bedeutung. Wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern auch, werden in Sachsen-Anhalt Kombinationen von überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und unterdurchschnittlichem Lohnniveau die Höhe der Alterseinkünfte weitgehend bestimmen. Infolge der Arbeitsmarktkrise und der niedrigen Löhne steigt das Risiko von Altersarmut für die jüngeren Altersgruppen. Mit der Kürzung der Beitragsleistungen zur gesetzlichen Rentenversicherung für die Bezieher von Arbeitslosengeld II wird gegenwärtig pro Jahr Bezug von Arbeitslosengeld II ein Rentenanspruch von 2,19 EURO erworben; das macht für zehn Jahre eine Anwartschaft auf 21,90 EURO monatlicher Rente. In Ostdeutschland verdient jeder 5. abhängig Beschäftigte weniger als 7,50 € die Stunde. Derartige Erwerbseinkommen reichen keineswegs aus, um Anwartschaften auf eine Versicherungsrente in Höhe der Grundsicherung (345 € plus 280 € Kosten der Unterbringung) aufzubauen. Beschäftigten mit nur geringem Einkommen oder Arbeitlosen fehlen auch die Mittel, um neben den geringen gesetzlichen Rentenansparungen zusätzlich noch Ansprüche aus anderen Versorgungssystemen zu erwerben. Darüber hinaus besteht für die Betroffenen gegenwärtig hierfür auch nur ein geringer Anreiz, da für die Beantragung von Leistungen aus der Grundsicherung im Alter vorhandene Leistungen aus privater Vorsorge abgezogen werden. Da in Ostdeutschland mit insgesamt 99 % fast sämtliche Alterssicherungsleistungen der Rentnerinnen und Rentner aus der gesetzlichen Rentenversicherung kommen, wirken sich gesetzliche Maßnahmen einer Absenkung der verfügbaren Rente in den ostdeutschen Bundesländern gravierender aus als in Westdeutschland.

Die Leistungen der Grundsicherung sind keine Leistungen der Rentenversicherung, sondern werden aus Steuern finanziert und durch die Landkreise bewilligt und ausgezahlt. Da in unseren Kommunen Haushalte mit niedrigeren Einkommen beziehungsweise ALG II-Einkommen überproportional häufig vorkommen und gleichzeitig die kommunale Steuerkraft noch über längere Zeit geringer ausfällt als im Westen, stellt eine längerfristig zu befürchtende Altersarmut auch auf Landesebene ein finanzielles Problem dar.

### **Unsere Forderungen**

- Einführung von flächendeckenden Mindestlöhnen mit einem Anteil von Zahlungen an Rentenversicherungssysteme, der Anwartschaften oberhalb des Niveaus der Grundsicherung im Alter begründet;
- Alternativ: Verpflichtung des Arbeitgebers zur Leistung von Beiträgen für den zusätzlichen Aufbau einer Betriebsrente, die dazu dient, ein Rentenniveau oberhalb der Grundsicherung zu erreichen;
- Höhere Rentenbeiträge für Mini-Jobs;
- Bessere Bewertung von ALG II-Zeiten;
- Ausbau der Riester-Rente zu einer Pflichtversicherung.

### **3 Arbeitsmarktbedingungen anpassen**

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der voraussichtlichen Entwicklung der Erwerbstätigen, ist in den nächsten 20 Jahren vor allem mit einer Alterung und nicht mit einer Schrumpfung des Arbeitsangebots zu rechnen. Dabei hat bislang die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre nicht dazu geführt, dass die Leistungsmöglichkeiten älterer Menschen stärker von den Unternehmen genutzt werden. Wir benötigen deshalb eine Beschäftigungspolitik, die alle Altersgruppen gleichberechtigt einbezieht, insbesondere eine altersgerechte Arbeitsgestaltung, betriebliche Gesundheitsförderung und Prävention sowie entsprechende Angebote, um individuelle Qualifikationen und berufliches Wissen immer wieder aufzufrischen.

## **Unsere Forderungen**

- grundlegende Kurskorrekturen der bisherigen „jugendzentrierten“ Arbeits- und Beschäftigungspolitik bei Unternehmensleitungen, Tarifparteien und in der Arbeitsmarktpolitik;
- Förderung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere durch einen präventiven Gesundheitsschutz, lebenslange Qualifikationsangebote und eine „demografiesensible“ betriebliche Personalpolitik;
- Nutzung der Vorteile altersgemischter Teams;
- stärkere Einbeziehung des Erfahrungswissens und der Berufspraxis Älterer;
- Recht auf berufliche Weiterbildung und deren finanzielle Absicherung;
- zusätzliche Hilfen für benachteiligte ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;
- politische und tarifvertragliche Flankierung dieses Prozesses;
- Verstärkung der Anreize zum längeren Arbeiten und Vermeiden von Frühverrentungen.

## **4 Neue Formen der Gestaltung der Lebensarbeitszeit**

Angesichts sich wandelnder Lebensläufe sind die Menschen zunehmend daran interessiert, Beruf und Privatleben besser miteinander vereinbaren zu können. Hierbei sind wir aufgerufen, ein neues Gleichgewicht zwischen Arbeit und Freizeit zu ermöglichen, in dem nicht nur die veränderten Anforderungen der Arbeitswelt, sondern auch die privaten, familiären und sozialen Bedürfnisse und die unterschiedlichen Lebensphasen Berücksichtigung finden. In Frage kommt eine Entzerrung der schematischen Abfolge von Kindheit und Jugend, Erwerbstätigkeit und Ruhestand durch die Schaffung von flexiblen Übergängen und Gestaltungsspielräumen.

Bei der Gestaltung des künftigen Renteneintritts wird nicht übersehen, dass heute für viele ältere Beschäftigte ein Heraufsetzen der Altersgrenze kaum realisierbar ist. Dies gilt insbesondere für gesundheitlich stark beeinträchtigte ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Beschäftigte an Arbeitsplätzen, die mit hohen physischen oder psychischen Belastungen verbunden sind, und für ältere (Langzeit-)Arbeitslose. Beim Anheben der Altersgrenze müssen mittelfristig sozial verträgliche Lösungen gefunden werden, um Beschäftigten den Ausstieg am Ende ihres Arbeitslebens zu einem von ihnen gewählten Zeitpunkt zu ermöglichen. Hier sind vorrangig die Tarifpartner gefordert.

Insgesamt bedarf der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand einer erhöhten Flexibilität; und zwar bei allen Gruppen älterer Beschäftigter. Bislang wirkt sich die Flexibilität vornehmlich für Beschäftigte mit guten Qualifikationen und guter Gesundheit vorteilhaft aus, während Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit körperlichen Beeinträchtigungen häufig frühzeitig ausscheiden. Sie müssen in der Regel mit Rentenabschlägen rechnen.

## **Unsere Forderungen**

- Beibehaltung von früheren Berufsausstiegsoptionen für ältere Beschäftigte in besonders benachteiligten Lebenslagen;
- Entzerren der arbeitszeitlichen Lebensphasen, insbesondere beim Übergang von Erwerbsleben zum Renteneintritt;
- Schaffen von Anreizen für eine lebenslaufsensible Arbeitszeitpolitik;
- Förderung und Absicherung von Lebensarbeitszeitkonten und anderen flexiblen Arbeitszeitmodellen einschließlich Teilzeitarbeit;
- Stärkere Orientierung der sozialen Sicherung am individuellen Lebenslauf der Beschäftigten;

- Verringerung von Altersarmutsrisiken aufgrund eingeschränkter Erwerbsfähigkeit, wobei insbesondere arbeitslose Frauen wegen ihres ohnehin geringeren Durchschnittsverdienstes besonderer Aufmerksamkeit bedürfen.

## **5 Gesund im Alter**

Prävention und Gesundheitsförderung besitzen eine große Bedeutung für die Vermeidung von Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Bei vielen Erkrankungen im hohen Alter handelt es sich um solche, deren Risikofaktoren bereits im Kindes- und Jugendalter erkennbar sind und einen Menschen oftmals über lange Zeiträume in seinem Leben begleiten. Hier ist die Gesellschaft gefordert: Bereits in frühen Lebensjahren sollten gesundheitsförderliche Verhaltensweisen verstärkt werden, in der Familie, im Kindergarten und in der Schule. Erkrankungen rechtzeitig erkennen, kann über eine selbstständige Lebensführung entscheiden. Aus diesem Grund ist die Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung.

Prävention ist aber nicht nur für das Alter, sondern auch im Alter wichtig. Bis ins höchste Lebensalter wirken sich gesundheitsförderliche Verhaltensweisen positiv auf die Leistungsfähigkeit und selbstständige Lebensführung aus. Auch das Gefühl, etwas für andere Menschen tun zu können und gebraucht zu werden, steigert die Gesundheit und das Wohlbefinden. Regelmäßiges Bewegungs- und Krafttraining kann zum Beispiel im Alter Stürze vermeiden helfen. Schließlich sind die vorteilhaften Effekte und Möglichkeiten der Rehabilitation zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit und bei Pflegebedürftigkeit zu nennen.

### **Unsere Forderungen**

- stärkere Betonung gesundheitsrelevanter Fragestellungen im Bereich Bildung. Bereits in den Schulen sollten Gesundheit, Ernährung und Bewegung und deren Bedeutung für die Leistungsfähigkeit im Lebenslauf zum Thema gemacht werden;
- gesund Altern: Förderung von Eigenständigkeit, Vermittlung von Kompetenz und Motivation zur Gesundheitsvorsorge;
- Ausbau breit angelegter Präventionskonzepte unter Einbeziehung des betrieblichen Gesundheits- und Unfallschutzes;
- Ausbau der Forschungsdisziplinen, die sich mit Fragen des Alters und des Alterns beschäftigen – dabei ist für die Betrachtung von Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Selbstständigkeit ein interdisziplinärer Ansatz zu fördern;
- Förderung der Gesundheitsvorsorge auch für benachteiligte Bevölkerungsgruppen, die durch die bisherigen Angebote nicht oder nur unzureichend erreicht werden. Jeder hat ein Recht auf gesundes Altern;
- wohnortnahe ärztliche Versorgung;
- bessere Verzahnung der Präventionsaktivitäten und Konzentration auf die wichtigsten, gemeinsam zwischen allen Akteuren verabredeten Gesundheitsziele durch das Präventionsgesetz.

## **6 Veränderungen bei der Pflege**

Die Sicherung einer menschenwürdigen und ganzheitlichen Pflege und Betreuung ist eine wichtige Zukunftsaufgabe unseres Sozialstaates. Wir setzen uns für Verbesserungen der Leistungen ein. Die allmähliche Entwertung der Pflegeleistungen muss beendet und insbesondere die ambulante Pflege gestärkt werden. Darüber hinaus muss der allgemeine Betreuungs- und Beaufsichtigungsbedarf von Menschen mit demenzbedingten Fähigkeitsstörungen, mit geistiger Behinderung oder psychischen Erkrankungen mehr Berücksichtigung finden.

Es ist erforderlich, die Qualität der pflegerischen Versorgung zu verbessern und die Instrumente der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung zu stärken. Wir wollen weg von der Minutenpflege, hin zu einer zuwendungsorientierten Versorgung und Betreuung. Wir brauchen Verbesserungen in den Versorgungsstrukturen und –angeboten. Den pflegebedürftigen Menschen und ihren pflegenden Angehörigen soll ein auf ihre konkrete Bedarfssituation abgestimmtes gestuftes Angebot an entlastenden Hilfen wohnortnah zur Verfügung stehen.

Die Menschen wollen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung gepflegt werden. Damit Angehörige vor allem zu Beginn der Pflegebedürftigkeit – wenn sie es wollen – die notwendige Zeit aufwenden können, gehört dazu die Möglichkeit einer kurzfristigen Freistellung von der Arbeit sowie der Inanspruchnahme einer Pflegezeit.

Für die Zukunft fordern wir für die Absicherung des Pflegerisikos – ebenso wie beim Krankheitsrisiko – die Einführung einer Bürgerversicherung.

### **Unsere Forderungen**

- Erleichterung der ambulanten Versorgung, u. a. durch Förderung von quartiersnahen Anlaufstellen, bessere Beratung und Steuerung der Angebote durch Fallmanager, bessere Kombinationsmöglichkeiten von Betreuungs- und Pflegeleistungen, Schaffung der Möglichkeit, Leistungsansprüche gemeinsam abzurufen, Ermöglichung des Einsatzes von Einzelpflegekräften;
- Verbesserung bei den ambulanten Leistungen der Pflegeversicherung, angemessene Berücksichtigung des besonderen Betreuungsbedarfs demenziell erkrankter Menschen, Vermeidung der Entwertung der Leistungen durch regelmäßige Anpassung (Dynamisierung);
- Möglichkeit der kurzfristigen bezahlter Freistellung Berufstätiger sowie die Einführung einer Pflegezeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;
- Wir setzen uns für die Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs ein und streben einen ganzheitlichen Begriff an, der den Bedürfnissen der pflege- und betreuungsbedürftigen Menschen besser gerecht wird;
- Die Kompetenz und Qualifizierung des Pflegepersonals ist auf allen Ebenen zu stärken und am Bedarf auszurichten. Wir streben eine gute, moderne, ganzheitliche Ausbildung des Pflegepersonals an;
- Konsequente Umsetzung des Vorrangs von Prävention vor Pflege.



**Beschluss LPT-2008-04**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Für ein einheitliches zukunftsfestes deutsches Rentenrecht**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Der Landesvorstand, unsere Mandatsträger im Deutschen Bundestag, unsere Vertreter im Parteivorstand und im Parteirat sind aufgefordert, durch geeignete Aktivitäten zunächst eine ostdeutsche Phalanx zu schaffen, die dazu führt, dass die nachfolgenden Punkte zeitnah politisch voran getrieben werden. Die komplexe Materie des Rentenrechts ist in der öffentlichen Debatte klar und verständlich darzustellen, damit die diesbezüglichen Ziele der SPD schon im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 für die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger deutlich erkennbar sind.

Wir wollen erreichen:

- 1.) Die Rechengrößen für die gesetzliche Rentenversicherung – Entgeltpunkte, Rentenwerte und Beitragsbemessungsgrenzen - in allen Bundesländern werden in einheitliche Werte überführt.
- 2.) Um eine ausreichende Alterssicherung zu garantieren und drohender Altersarmut zu begegnen, wird in das Rentenversicherungssystem ein neues Leistungselement eingeführt.
- 3.) Die gesetzliche Rentenversicherung wird zügig zu einer Erwerbstätigenversicherung fortentwickelt.

**Beschluss LPT-2008-05**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Hartz IV**

***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, die Regelsätze der ALG2-Empfänger jährlich entsprechend des Lebenshaltungskostenindex anzupassen.

**Beschluss LPT-2008-06**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Mehr Ganztagsbetreuung für Kinder in den Kindertagesstätten und Schulen**

*Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:*

Der Landesparteitag beauftragt die SPD-Landtagsfraktion, sich für mehr Ganztagsbetreuung in den Kindertagesstätten und Schulen einzusetzen. Die Empfehlungen des Bildungskonvents zur frühkindlichen Bildung sollen dabei mit einbezogen werden.

**Beschluss LPT-2008-07**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Mittagsversorgung und Einführung einmaliger Hilfen in besonderen Lebenslagen nach dem SGB XII**

*Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:*

Der SPD-Landesparteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass Angebote zur Verbesserung der materiellen Lebenslage von Kindern und Jugendlichen geschaffen werden. Dazu zählen zum einen eine flächendeckende Mittagsversorgung in Kindertageseinrichtung und Schulen und zum anderen die Wiedereinführung der einmaligen Hilfen in besonderen Lebenslagen und in besonderen Einzelfällen nach dem SGB XII. Diese einmaligen Hilfen betreffen besonders die Erstausrüstung für Schulmittel.

**Beschluss LPT-2008-08**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Kostenfreies Mittagessen für Kinder einkommensschwacher Familien**

*Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:*

Um zu verhindern, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien den Bildungsangeboten der Kindertagesstätten fernbleiben, wird die Landtagsfraktion aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Kinder einkommensschwacher Familien ein kostenfreies Mittagessen erhalten.

**Beschluss LPT-2008-09**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Pendlerpauschale sozial gerecht gestalten**

*Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:*

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Einführung einer reformierten Pendlerpauschale einzusetzen, die auch die unterschiedlichen Lebenssituationen der Menschen berücksichtigt.

Im Sinne der sozialen Gerechtigkeit ist zu prüfen, wie auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne Einkommenssteuerschuld zukünftig von der Pendlerpauschale profitieren können.

**Beschluss LPT-2008-10**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Sicherung bedarfsorientierter Frauenhausplätze in der mittelfristigen Finanzplanung des Landeshaushaltes**

*Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:*

Der Landesparteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für die Sicherung und den Erhalt bedarfsgerechter Frauenhausplätze in Sachsen-Anhalt einzusetzen.

**Beschluss LPT-2008-11**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Keine einseitige Belastung gesetzlich Krankenversicherter durch Zusatzbeiträge**

*Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:*

Die geplante Änderung des § 220 SGB V durch das Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG) ist dahingehend zu korrigieren, dass der allgemeine einheitliche Beitragssatz jährlich so angepasst wird, dass er die Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung zu 100 Prozent abdeckt.

## **Beschluss LPT-2008-12**

### **24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bekämpfen- eine Querschnittsaufgabe von Politik, Staat und Gesellschaft**

### ***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit haben in den zurückliegenden Jahren ein neues Gesicht bekommen:

- In Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern gelang der NPD der Sprung in den Landtag, außerdem gelangen hier kommunalpolitische Erfolge,
- neonazistische „Freie Kameradschaften“ spinnen seit Jahren ein Netz in ganz Deutschland, das von Freizeitangeboten für Jugendliche über politische Aktionen bis hin zu illegalen Nazi-Rock-Konzerten und Gewalttaten reicht,
- sowohl der Deutschland-Pakt zwischen NPD und DVU als auch die unverhohlene Unterstützung der NPD-Wahlkämpfe durch neonazistische Kameradschaften tragen zur Verankerung der NPD bei,
- zunehmend entdecken auch Frauen und junge Mädchen die rechtsextreme Szene als politische Heimat, der weibliche Anteil an der rechtsextremen Szene wird von Experten heute auf ca. 20 % geschätzt, noch vor wenigen Jahren ging man von 5 – 10 % aus.

Diese Entwicklung macht auch vor Sachsen-Anhalt nicht Halt:

- Mit 13 Kreistagsabgeordneten in sieben Kreistagen unseres Bundeslandes gelang der NPD bei der Kommunalwahl 2007 eine erste parlamentarische Verankerung in Sachsen-Anhalt,
- Sogenannte „Freie Kameradschaften“ agieren insbesondere im ländlichen Raum, um Jugendliche für Ihre Ideologie zu gewinnen und schmieden dabei ein enges Bündnis mit der Jugendorganisation der NPD, der JN. Diese stellt den Bundesvorsitz Ihrer Organisation und hat im Jahr 2007 ihre Bundesgeschäftsstelle nach Sachsen-Anhalt verlegt,
- der Ring nationaler Frauen, die Frauen-Organisation der NPD wird ebenfalls bundesweit von Sachsen-Anhalt aus koordiniert,
- Obwohl der Rechtsextremismus inzwischen auch in Nadelstreifen auftritt, gibt es nach wie vor ein hohes Niveau von Straf- und Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund in unserem Bundesland, das zudem durch das Erstarken sogenannter Autonomer Nationalisten, militanter Schwarzer Blöcke von rechts, flankiert wird.

Wer diese Entwicklung wirksam stoppen will, muss hingucken, nachdenken und handeln: in Sachsen-Anhalt wächst vor Ort seit einigen Jahren der Unmut vieler Demokraten gegen diese Umtriebe. Die SPD sieht sowohl im Land als auch in den Kommunen die Bekämpfung des Rechtsextremismus als eine zentrale Aufgabe der Demokratieentwicklung in unserem Bundesland an. Seit dem Amtsantritt der großen Koalition setzen Sozialdemokraten in der Landesregierung in diesem Politikfeld neue Maßstäbe. Es gilt, bürgerschaftliches Engagement zu stärken, Rechtsextremismus konsequent zu ächten und zu verfolgen, in Bildung und Jugendarbeit präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus zu verankern und in den Parlamenten einen Konsens der demokratischen Parteien zur Zurückweisung rechtsextremer Positionen zu finden.

## Gesellschaftliche Gegenbewegungen stärken

Durch Wegschauen und Kleinreden ist der rechten Gefahr nicht beizukommen. Deshalb brauchen wir ein politisches Klima, das klar macht: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus werden von uns nicht toleriert. Das demokratische Zusammenleben in Sachsen-Anhalt braucht daher eine starke Zivilgesellschaft, mehr Zivilcourage sowie verstärktes bürgerschaftliches Engagement gegen rechtes Gedankengut.

Aufgabe aller demokratischen Kräfte im Land ist es, gemeinsam gegen rechtes Gedankengut Stellung zu beziehen und damit zu zeigen, dass Sachsen-Anhalt eine tolerante, auf Weltoffenheit und Freiheit gegründete Demokratie ist. Gemeinsam muss im Jahr 2009 der Einzug rechtsextremer Parteien in den Bundestag und unsere Kommunalparlamente und im Jahr 2011 in den Landtag von Sachsen-Anhalt verhindert werden.

Zivilcourage zeigen, nicht wegsehen! Die Demokraten dürfen den Rechtsextremen nicht den öffentlichen Raum überlassen. Rechtsextremen Umtrieben müssen wir gemeinsam mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Es gilt, breite gesellschaftliche Bündnisse auf kommunaler Ebene zu schmieden.

Alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind aufgerufen, rechtes Gedankengut im Wirtschafts- und Arbeitsleben nicht zu dulden. Die Führungskräfte sind als Vorbilder im besonderen Maße in der Verantwortung. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen müssen ermuntert werden, die zahlreichen Möglichkeiten zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus praktisch zu nutzen, z. B. in Form von Demokratieorientierten Betriebsvereinbarungen und Bildungsprogrammen für Mitarbeiter und Auszubildende.

Mit den Rechtsextremen gibt es keine gemeinsame Basis - auch nicht in Ausnahmen. Auch in den Parlamenten kann es für uns keine Zusammenarbeit und kein gemeinsames Abstimmungsverhalten mit rechtsextremistischen Gruppierungen geben. Stimmen von Rechtsextremisten nutzen wir nicht für Mehrheiten, denn braune Antidemokraten gehören nicht zur akzeptierten Mitte der Gesellschaft.

Wir wollen dafür werben, dass es im kommunalen Raum eine gemeinsame Strategie aller demokratischen Kräfte im Umgang mit Rechtsextremisten gibt. Dabei muss es darum gehen, auf jede Form der Zusammenarbeit zu verzichten und eine klare inhaltliche Auseinandersetzung mit den menschenverachtenden Ideologien rechtsextremistischer Parteien zu führen. Wer im Parlament mit Rechtsextremen zu tun hat, muss Unterstützung durch Bildungsangebote erfahren, die Wissensaufbau und Handlungskompetenz fördern.

Das Engagement zur Beseitigung des Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus darf nicht in Strohfeder-Aktionismus versanden. Die SPD in Sachsen-Anhalt bekennt sich dazu, dauerhaft gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ideell und materiell zu unterstützen.

Mit den Mitteln aus dem Bundesprogramm „kompetent. Für Demokratie“ können die Opferberatungsstellen des Vereins Miteinander in Salzwedel, Magdeburg und Halle sowie des Multikulturellen Zentrums in Dessau ihre Arbeit bis Mitte 2011 fortsetzen, ebenso die Arbeitsstelle Rechtsextremismus des Vereins Miteinander sowie die Mobilen Beratungsteams in Halle, Salzwedel und Dessau sowie das Kompetenzzentrum „Bürgerschaftliches Engagement“ in Halle. Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass das Bundesprogramm bis zu seinem Auslaufen durch das Land Sachsen-Anhalt komplett komplementär finanziert und umgesetzt wird. Gleichzeitig sind Bund und Länder gefordert, für die Folgezeit Konzeptionen zur Verstärkung dieser wichtigen Arbeit zu

entwickeln. Die SPD Sachsen-Anhalt wird sich in Bund und Land dafür stark machen, die Grundlage zur Fortführung von Opferberatung und Mobiler Beratung frühzeitig zu schaffen. Das Landesnetzwerk für Demokratie und Toleranz und die Landesinitiative „Hingucken und Einmischen!“ sind langfristig zu verstetigen und auszubauen, um lokale Bündnisse in ihrem Engagement zu unterstützen und ihre Aktivitäten mit dem Ziel einer landesweiten Handlungsfähigkeit zu bündeln. Für die Handlungsfähigkeit als gesellschaftspolitisches Instrument bei überregionalen Ereignislagen ist es notwendig, dass das Landesnetzwerk auf der politischen Ebene auch bürgerschaftlich vertreten wird.

Zivilgesellschaftliche und demokratische Strukturen müssen vor Ort gestärkt werden, bürgerschaftliches Engagement für Toleranz, Respekt und Weltoffenheit aktiv unterstützt werden. Denn wo demokratisches Miteinander und zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu schwach ausgebildet sind, finden rechtsextreme Propagandisten Platz, um ihre menschenverachtende Ideologie in den Köpfen der Menschen zu verankern. Darum setzt sich die SPD überall dort, wo sie kommunalpolitische Verantwortung wahrnimmt, für die Unterstützung lokaler Bündnisse ein. Ziel ist es, dass Politik und Verwaltung vor Ort für die Arbeit zivilgesellschaftlicher Bündnisse sensibilisiert werden, dass bürgerschaftliche Aktivitäten von der Verwaltung kooperativ begleitet werden und ehrenamtliches Engagement möglichst durch hauptamtliche Strukturen unterstützt wird. Derzeit trägt das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ in zehn Landkreisen dazu bei, zivilgesellschaftliche Aktivitäten vor Ort zu bestärken und zu qualifizieren. Um auf Dauer eine tragfähige, zwischen Bund und Ländern abgestimmte Grundlage für die Bekämpfung des Rechtsextremismus zu entwickeln, setzen wir uns dafür ein, dass im nächsten Bundestag eine Enquete-Kommission Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft eingerichtet wird, um den gegenwärtigen Stand von Forschung und Praxis zu analysieren, Handlungsbedarfe zu ermitteln und Empfehlungen an Politik, Verwaltung und Gesellschaft vorzulegen.

### **Prävention durch Bildungs- und Jugendarbeit**

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind kein Jugendproblem. Entsprechende Einstellungsmuster lassen sich in allen Altersgruppen finden, gerade auch bei der älteren Generation. Darum muss sich das Engagement gegen Rechtsextremismus an alle Altersgruppen richten und insbesondere auch einen Generationen-übergreifenden Dialog über die Lehren aus der Geschichte und die Entwicklung unserer Demokratie fördern. Doch rechtsextreme Parteien und Gruppierungen versuchen mehr und mehr, insbesondere Jugendliche als Zielgruppe für sich zu gewinnen und sprechen heute mit Musik, Lifestyle und Freizeitangeboten immer jüngere Jugendliche und sogar Kinder an. In Sachsen-Anhalt gibt es in der Bildungs- und Jugendarbeit viele positive Handlungsansätze, um diesem Treiben wirksam zu begegnen: Das Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, dem sich mehr und mehr Schulen in Sachsen-Anhalt anschließen, ist ein wichtiger Handlungsrahmen für Schulen, sich nachhaltig für Demokratie und Toleranz in Schulen zu engagieren. Viele freie Träger der Jugendhilfe und der Jugendbildungsarbeit und auch die Jugendverbände nehmen mit Bildungs- und Informationsprogrammen ihre Verantwortung gegenüber der jungen Generation wahr. Schule und Jugendarbeit müssen in Bezug auf ihren Einsatz für Demokratie, Weltoffenheit und kulturelle Vielfalt stetig weiterentwickelt werden:

- Fächer wie Sozialkunde und Geschichte müssen früh beginnen und dürfen in keiner Schulform Ein-Stunden-Fächer sein,
- Fächerübergreifender Unterricht und Projekt-Arbeit sind insbesondere in Themenfeldern wie Geschichte und Demokratieentwicklung auszuweiten,
- Die bestehenden Angebote der politischen Bildung für Jugendliche und Erwachsene sind durch ein Präventiv-Programm zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz in Grundschulen und Kindertagesstätten zu flankieren,
- Die Mitwirkungsrechte von Jugendlichen in Schulen und Jugendeinrichtungen sind im Sinne des Partizipationsgedankens und des Einübens demokratischer Spielregeln zu stärken,

- Die Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe wie auch der Einsatz von Schulsozialarbeit ist gerade auch im Hinblick auf die Bekämpfung von Rechtsextremismus auszubauen,
- Die Gedenkstätten-Stiftung Sachsen-Anhalt ist im Sinne einer umfassenden Forschungs- und Bildungsarbeit im Hinblick auf die Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus und der SBZ/DDR zu stärken,
- Lehrer und Mitarbeiter der Jugendarbeit sind kontinuierlich in diesem Themenfeld fortzubilden,
- In einem Leitbild der politischen Bildung für die Bildungslandschaft Sachsen-Anhalts sind Schwerpunkte, Inhalte und Qualitätsziele der politischen Bildung zu definieren.

Alle diese Maßnahmen sind wichtiger und notwendiger Bestandteil einer präventiven Bildungs- und Jugendarbeit. Sie müssen die regelhafte Jugendarbeit in Städten und Gemeinden und Regelprogramme der Jugendarbeit auf Landesebene ergänzen, dürfen sie aber nicht ersetzen. Der deutsche Jugendhilfetag hat in diesem Jahr zu Recht auf die verheerenden Folgen des Rückbaus in der Jugendhilfe hingewiesen. Die Folgen des Abbaus in der Jugendarbeit können heute schon insbesondere in manchem ländlichen Raum in den neuen Bundesländern besichtigt werden, wenn sogenannte „freie Nationalisten“ und JN-Stützpunkte die Lufthoheit über die Jugendarbeit beanspruchen.

Wir Sozialdemokraten bekennen uns trotz enger kommunaler Finanzen zu einer qualitativ hochwertigen und flächendeckenden Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt.

### **Integration als Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus**

Sachsen-Anhalt hat mit 1,9 %, also rund 46.000 Ausländerinnen und Ausländern und insgesamt rund 3 % Menschen mit Migrationshintergrund den bundesweit niedrigsten Migrationsanteil. Die Struktur der Migration ist geprägt durch Zuweisung aufgrund bundesweiter Quoten (AsylbewerberInnen, SpätaussiedlerInnen, jüdische KontingenzwanderInnen) und damit einhergehender hoher Fluktuation. Hinzu kommen rund 5.000 ausländische Studierende. Fachkräftezuwanderung spielt in Sachsen-Anhalt hingegen bisher eine untergeordnete Rolle. Lediglich rund 5.000 AusländerInnen sind in Sachsen-Anhalt erwerbstätig.

Interkulturelle Erfahrungen sind daher in Sachsen-Anhalt eher die Ausnahme als die Regel. Das Bild von MigrantInnen und Migranten wird überwiegend durch bundesweite Massenmedien geprägt. Die wenigsten Menschen in Sachsen-Anhalt haben die Chance, dieses Bild durch direkte Kontakte mit Migrantinnen und Migranten als Nachbarn, Kollegen oder Vereinskameraden zu korrigieren.

Rechtsextreme Agitation kann vor diesem Hintergrund in Sachsen-Anhalt auf Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit in relevanten Bevölkerungsgruppen in der Mitte der Gesellschaft setzen. Migrantinnen und Migranten werden in Sachsen-Anhalt überdurchschnittlich oft Opfer fremdenfeindlicher Diskriminierung und Gewalt.

Daraus folgt, dass in Sachsen-Anhalt nicht trotz, sondern gerade wegen der geringen Zahl von Migrantinnen und Migranten besondere Anstrengungen für interkulturellen Austausch und Integration erforderlich sind.

Das wichtigste Ziel unserer Integrationspolitik ist die Realisierung von Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten. Damit wird dem auf Ungleichheit basierenden Menschenbild der Rechtsextremen eine wesentliche Grundlage entzogen.

Integration stellt insofern einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus dar, als MigrantInnen sich gleichberechtigt an

der Gestaltung unserer Gesellschaft beteiligen können: ehrenamtlich, beruflich, politisch, kulturell und sozial und so aus der zugewiesenen „Opferrolle“ treten.

In der Migrations- und Integrationspolitik in Sachsen-Anhalt verfolgen wir daher folgende Schwerpunkte:

- Verstärkung des interkulturellen Austauschs
- Interkulturelle Öffnung von Einrichtungen und Verwaltungen
- Sprachförderung von Anfang an
- Verbesserung des Zugangs zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt
- Verbesserte Anerkennung von ausländischen Abschlüssen bzw. Nachqualifizierung
- Gezielte Werbung von ausländischen Studierenden und Fachkräften
- Förderung von Migrantenselbstorganisationen und Ausbau von Partizipation und Mitbestimmung in den Kommunen
- Verbesserung der Unterbringungssituation von Flüchtlingen durch verstärkte dezentrale Wohnungsunterbringung insbesondere von Familien

Bundespolitisch setzen wir uns aktuell ein für:

- eine Grundgesetzänderung, um allen langjährig bei uns lebenden AusländerInnen und Ausländern das kommunale Wahlrecht zu geben (Bundesratsinitiative von Rheinland-Pfalz und Berlin)
- die Verbesserung des Zugangs zu Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie Gesundheitsleistungen für langjährig bei uns lebende Flüchtlinge

## **Rechtsextremismus ächten und konsequent verfolgen**

Feige fremdenfeindliche und rechtsextremistische Überfälle erschüttern immer wieder die gesamte Republik. 1.350 rechtsextremistische Straftaten und davon 87 Gewaltstraftaten im vergangenen Jahr in Sachsen-Anhalt sprechen eine deutliche Sprache, hinzu kommt ein erhebliches Dunkelfeld, denn längst nicht alle Straftaten werden zur Anzeige gebracht.

Mit hoher Gewaltbereitschaft und Aggressivität wird Jagd auf Menschen gemacht und werden demokratische Werte bekämpft. Wir werden nicht hinnehmen, dass Menschen in unserer Gesellschaft angegriffen werden. Daher müssen wir rechtsextremer Gewalt mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegentreten.

Darum machen wir uns dafür stark, dass in das Strafgesetzbuch eine Regelung aufgenommen wird, wonach menschenverachtende, fremdenfeindliche und rassistische Motive einer Straftat bei der Strafzumessung strafverschärfend zu berücksichtigen sind.

Bestehende gesetzliche Regelungen müssen konsequent ausgeschöpft werden. Rechtsextremistische Straftaten werden durch Polizei und Staatsanwaltschaft vorrangig und beschleunigt bearbeitet. Verfahren gegen rechtsextremistische Straftäter werden in der Regel zur Anklage gebracht und nicht eingestellt.

Dazu ist es erforderlich, der Entwicklung des Rechtsextremismus eine angemessene Polizeiverstärkung entgegen zu setzen und durch ausreichende Neueinstellungen den Altersdurchschnitt nicht weiter ansteigen zu lassen um die Leistungsfähigkeit der Polizei zu stärken.

Die Kommunen sind aufgerufen, den Spielraum des Versammlungsrechts zur Verhinderung von Naziaufmärschen konsequent auszuschöpfen. Kommunale Verantwortungsträger dürfen vor rechtsextremistischen Umtrieben in ihren Gemeinden nicht die Augen verschließen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass das Versammlungsrecht geändert wird. Die unerträgliche Verhöhnung von Opfern der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft soll an Gedenktagen und Gedenk-Orten unseres Landes unterbleiben. Das sind wir den Opfern und Verfolgten der Nazidiktatur schuldig.



Rechtsextreme Gewalttäter suchen ihre Opfer häufig unter Minderheiten (Ausländer, Behinderte, Obdachlose, alternative Jugendliche oder auch Homosexuelle). Es kann nicht hingenommen werden, dass in unserer Gesellschaft Menschen angegriffen werden. Wir dürfen die Opfer rechter Gewalt nicht alleine lassen, sie genießen unseren Schutz und unsere Solidarität.

Neben der Verstärkung der Opferberatungsstellen für Opfer rechtsextremer und Fremdenfeindlicher Gewalt ist auch in Polizei und Justiz die Stellung und die Perspektive der Opfer zu stärken.

### **Wehrhafte Demokratie – NPD verbieten**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben keinen Zweifel, dass die NPD eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung gegenüber unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung hat. Unverhohlen verfolgt sie ihre rassistischen, antisemitischen und revisionistischen Ziele. Dabei sucht sie den gemeinsamen Schulterschluss mit gewaltbereiten „Kameradschaften“. Mit deren Hilfe werden nicht nur Kandidatinnen und Kandidaten anderer Parteien bedroht und eingeschüchtert. Auch Wahlkampfhelfer der SPD wurden in der Vergangenheit wiederholt verfolgt und brutal zusammengeschlagen. Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen neonazistische Propaganda und Hetze zur Wehr setzen, werden beschimpft und attackiert. All diese Ereignisse sind ein offener Angriff auf unsere Demokratie. Deshalb wird die SPD das Verbot der NPD konsequent weiterverfolgen. Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie eine Partei, die unverhohlen in der Tradition des Nationalsozialismus steht, mit Steuergeldern ihre menschenverachtenden Aktivitäten vorantreibt.

## **Beschluss LPT-2008-13** **24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

### **Verbesserung von Intervention und Prävention bei Jugenddelinquenz**

#### ***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Während des Landtagswahlkampfes in Hessen 2008 wurden unter anderem vor dem Hintergrund der Gewalttat in der Münchner U-Bahn härtere Strafen für jugendliche Kriminelle und die Einrichtung von sogenannten Erziehungscamps gefordert. Tatsache ist: Das Thema Jugendkriminalität steht nicht zum ersten Mal auf der politischen Tagesordnung – es wird seit Jahrzehnten immer wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt und zwar oftmals dann, wenn daraus aus aktuellen Gründen politisches oder mediales Kapital geschlagen werden kann.

Junge Menschen weisen ganz allgemein eine höhere offizielle Kriminalitätsbelastung auf als Erwachsene, auch und gerade im Bereich der Gewaltdelikte. Diese Tatsache kann nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen europäischen Ländern seit mehr als hundert Jahren, also seit der Einführung von Kriminalstatistiken, beobachtet werden. Im Rahmen dieses langfristig stabilen Grundbefundes, der unter anderem mit gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen und deren erwünschten wie unerwünschten Folgen zu tun hat, kommt es immer wieder zu kurz- und mittelfristigen besonderen Verläufen der Kriminalitätsentwicklung bzw. Kriminalitätsbelastung. Dies können Rückgänge der Kriminalität, aber eben auch merkbare und Beunruhigung hervorrufende Steigerungen sein. Für Deutschland und Sachsen-Anhalt ist festzustellen: Im Hellfeld der Polizeilichen Kriminalstatistik geht die Jugendkriminalität als Gesamtphänomen in jüngerer Zeit wieder zurück, nachdem in den 1990er Jahren noch eine Welle des deutlichen und nachhaltigen Anstiegs festzustellen war. In Sachsen-Anhalt ist dieser kontinuierliche Rückgang sogar seit zehn Jahren zu beobachten.

Gesicherten Erkenntnissen nationaler wie internationaler Forschung zufolge ist delinquentes Verhalten bei jungen Menschen zwar weit verbreitet, jedoch bleibt es im Regelfall eine episodenhafte Angelegenheit. Das heißt konkret: Für die Mehrzahl der jungen Menschen bedeutet Delinquenz eine nur vorübergehend auftretende und sich manchmal buchstäblich von selbst auswachsende bzw. durch Personen oder Institutionen des unmittelbaren Umfelds wieder korrigierte Auffälligkeit im Verlauf ihres Entwicklungs- und Reifungsprozesses. Daher kann aus dieser alterstypischen Erscheinung auch nicht abgeleitet werden, dass junge Menschen nach Normverstößen überwiegend und stets langfristig delinquent bleiben werden.

Lebenslagen und Schicksale sind positiv beeinflussbar – aber nicht mit den Mitteln des Strafrechts. Die Forschungen zeigen, dass die negativen Entwicklungsdynamiken krimineller Karrieren gebrochen werden können, aber nicht durch strafrechtliche Intervention, sondern durch Verbesserung der Chancen der Jugendlichen auf soziale Teilhabe. Mit Strafrecht lassen sich soziale Probleme nicht lösen. Strafrecht kann weder Ersatz noch darf es Lückenbüßer sein für Kinder- und Jugendhilfe, für Sozial- und Integrationspolitik. (Jugend-)Strafrecht ist ultima ratio.

Weder Statistiken noch die wissenschaftliche Forschung belegen, dass härtere Strafen oder die gesellschaftsferne Konzentration jugendlicher Straftäter in Erziehungscamps den gewünschten Effekt der Abschreckung erzielen. Im Gegenteil: Die Angst vor Haftstrafen kann durch Hafterfahrungen sogar vermindert statt erhöht werden, außerdem können

Haftstrafen die soziale Integration der Jugendlichen und spätere berufliche Chancen beeinträchtigen. Die nur bedingten Möglichkeiten zum Erwerb sozialer Kompetenzen und nutzbringender Einstellungen in der Haft stellen ebenfalls ein großes Problem dar. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern deshalb, dem Phänomen Jugendkriminalität auf andere Art und Weise zu begegnen. Für die politische Umsetzung folgender Ansatzpunkte werden wir uns deshalb einsetzen.

### Verbesserung der Interventionsmaßnahmen

Wir sind der Meinung, dass die vom Jugendstrafrecht vorgesehenen Interventionsmaßnahmen ausreichen, dem Phänomen Jugendkriminalität angemessen zu begegnen. Der Kern des Problems liegt nicht in zu geringen Strafen, sondern in der oftmals zu großen zeitlichen Distanz zwischen Delikt beziehungsweise Straftat und der Interventionsmaßnahme. Ein zentraler Grundsatz des Lernens ist aber, dass auf ein Fehlverhalten immer unmittelbar eine intervenierende Reaktion erfolgen muss, damit der Zusammenhang zwischen beiden Ereignissen auch verinnerlicht werden kann. Für unmittelbare Reaktionen durch den Staat auf gesetzeswidriges Verhalten Jugendlicher müssen aber entsprechende Strukturen und Ressourcen vorgehalten werden, ansonsten verzögert sich die dann nicht mehr unmittelbare Reaktion zu lange – vor allen Dingen durch Personalmangel und fehlende Plätze für ambulante Maßnahmen. Aus diesem Grund fordern wir die Umsetzung folgender Handlungsschwerpunkte zur Verbesserung der Interventionssysteme:

- Der Beschleunigungsgrundsatz im Jugendstrafrecht muss präzisiert werden. Ein delinquenter Jugendlicher sollte binnen einer Woche einem Richter oder Staatsanwalt vorgeführt werden.
- Für Interventionsmaßnahmen müssen ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden, damit eine unmittelbare Reaktion auf das delinquente Verhalten erfolgen kann.
- Dazu ist vor allem die Einstellung qualifizierten Personals nötig, was derzeit noch durch mangelhafte Ausfinanzierung verhindert wird. Ein kurzfristiges Sparen ist an dieser Stelle aber kurzfristig gedacht, denn gescheiterte Interventionen sind langfristig mit höheren Kosten z.B. durch Inhaftierung und Langzeitarbeitslosigkeit verbunden.
- Das bestehende Personal, vor allen Dingen in der Justiz, muss regelmäßigen fachbezogenen Weiterbildungen unterzogen werden. Hierfür ist eine Zusammenarbeit mit Fachleuten, vor allem Pädagogen und Psychologen, erforderlich.
- Für jugendliche Intensivstraftäter soll ein Mentorenprogramm eingerichtet werden, das dafür sorgt, dass delinquente Jugendliche ohne Brüche betreut werden und zu jeder Zeit einen festen Ansprechpartner haben, der auch das nötige Hintergrundwissen über den jeweiligen Fall besitzt.
- Die Dauer der Maßnahmen muss sich nach deren Wirkung richten, denn die vorzeitige Beendigung einer Maßnahme auf Grund deren Befristung macht die gesamte Maßnahme wirkungslos.
- Bewährte Präventions-/Kompensations- beziehungsweise Integrationskonzepte freier Träger dürfen nicht regelmäßig nach bestimmten Finanzierungsfristen auslaufen, sondern müssen dauerhaft finanziell gesichert sein.
- Bestehende Angebote und Projekte öffentlicher und freier Träger müssen besser miteinander vernetzt und aufeinander abgestimmt werden. So ließe sich verhindern, dass es für bestimmte Maßnahmen Überkapazitäten und für andere zu wenig Kapazitäten gibt. Denkbar wäre hier die Ansiedelung einer landesweiten Datenbank mit Buchungsmöglichkeit bei der Jugendberatungsstelle der Polizei.

- Notwendig ist eine Bündelung der Entscheidungskompetenzen auf einer einzigen administrativen Ebene. In Sachsen-Anhalt könnte dies im Zuge der Kommunalisierung weiterer Aufgaben geschehen. Damit muss aber auch die Entscheidungsgewalt über die Vergabe der finanziellen Mittel verbunden sein, welche vom Land direkt in den Haushalt der Kommune – mit Festschreibung des Verwendungszweckes – zu übertragen wären.
- Zur Umsetzung dieser Ziele soll von der Landesregierung eine ressortübergreifende Projektgruppe – Inneres, Justiz, Soziales, Kultus und Finanzen – gebildet werden.

### Verbesserung der Präventionsmaßnahmen

Neben Interventionsmaßnahmen müssen die Präventionssysteme ausgebaut werden, damit Interventionsmaßnahmen langfristig weniger benötigt werden und somit wieder zurückgefahren werden können. Für diesen Bereich fordern wir die Umsetzung folgender Handlungsschwerpunkte:

- Die Elternbildung bzw. –begleitung muss verbessert werden, insbesondere durch die Weiterentwicklung von KITA zu Kinder-Eltern-Zentren sowie durch Weiterführung des Landesprojektes „Familienhebamme“.
- Die frühkindliche Bildung muss weiter ausgebaut werden, verbunden mit einem Ganztagsanspruch für alle Kinder.
- Gezielte Präventionsprogramme im Rahmen des schulischen Unterrichts (z.B. Anti-Aggressions-Training im Sport, Soziales Kompetenztraining in Ethik/Sozialkunde etc.) sind erforderlich.
- Der Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen mit nachmittäglichen Freizeitangeboten zur Ausbildung und Entwicklung der Interessen und außerschulischen Fertigkeiten muss für zukünftige Schulreformen Priorität bekommen.

Wir sind der Meinung, dass der Staat in Bezug auf das Thema Jugendkriminalität in der besonderen Pflicht ist, seiner Verantwortung gerade für junge Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Langfristige gesellschaftliche Schäden müssen durch ein präventives Bildungs- und Sozialsystem verhindert werden, bei bestehenden Problemen muss ein qualifiziertes Interventionssystem unmittelbar und wirkungsvoll eingreifen können. Den Verweis auf die eventuell bestehenden hohen Kosten solcher Maßnahmen weisen wir mit Blick auf mittel- und langfristige Kosten fehlgeschlagener Sozialisation – z.B. Langzeitarbeitslosigkeit, Inhaftierung, Beseitigung von Vandalismusschäden, Polizeiaufgebote bei Fußballspielen etc. – entschieden zurück.

**Beschluss LPT-2008-14**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Initiative für eine Länderfusion**

*Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:*

Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand der SPD Sachsen-Anhalt auf, eine Arbeitsgruppe zum Thema Länderfusion zu bilden. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe soll die Prüfung der Machbarkeit und die Erarbeitung eines mittelfristigen Handlungsplanes sein.

**Beschluss LPT-2008-15**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Bürgerliche Freiheitsrechte verteidigen**

*Der Landesparteitag hat beschlossen:*

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, den Plänen von Bundesminister Schäuble zur weiteren Verschärfung der Sicherheitsgesetze entschieden entgegenzutreten und damit einhergehend keinen weiteren Abbau der grundgesetzlich verankerten Freiheitsrechte zuzulassen.

**Beschluss LPT-2008-16**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Initiative zur Reduzierung der Kosten von Polizeieinsätzen bei Fußballspielen und anderen Großveranstaltungen**

*Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:*

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, eine Initiative zu ergreifen, die zur Reduzierung der Kosten von Polizeieinsätzen bei Fußballspielen und anderen Großveranstaltungen führt.

Dies soll insbesondere durch Präventionsmaßnahmen im Rahmen gemeinsamer Projekte mit Fanclubs und Mitgliedervereinen erreicht werden. Weiterhin ist zu prüfen, ob über die Erhebung eines Sicherheitszuschlages, vergleichbar mit der Sicherheitsgebühr auf Flughäfen, eine Kostenbeteiligung erreicht werden kann.

**Beschluss LPT-2008-17**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

**Geschlechtsspezifische Programme für Frauen und Mädchen zur nachhaltigen Bekämpfung von Rechtsextremismus**

*Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:*

Der ASF-Landesvorstand fordert sozialdemokratische Ministerinnen und Minister sowie die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, verstärkt geschlechtsspezifische Programme und Maßnahmen für Frauen und Mädchen zur nachhaltigen Bekämpfung von Rechtsextremismus zu entwickeln.

**Beschluss LPT-2008-18**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

**Erhöhung der Diäten der Bundestagsabgeordneten an die Rentenerhöhung koppeln**

*Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:*

Zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag und an die SPD-Bundestagsfraktion:

Das Gesetz zur Anpassung der Diäten für Bundestagsabgeordnete soll so geändert werden, dass die Anpassung der Diäten an die allgemeine Gehaltsentwicklung gekoppelt wird.

**Beschluss LPT-2008-19**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

**Medienvielfalt ausbauen und den lokalen Hörfunk stärken**

*Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:*

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, eine Änderung des Landesmediengesetzes zu prüfen, insbesondere, ob die Gründung kommerzieller Hörfunksender auf lokaler Ebene durch Vergabe von Rundfunkfrequenzen ermöglicht werden kann. Durch das Mediengesetz sollen kommerzielle Hörfunksender auf lokaler Ebene erlaubt und die Vergabemöglichkeiten von Rundfunkfrequenzen an diese Sender vorgesehen werden.

<p style="text-align: center;"><b>Beschluss LPT-2008-20</b> <b>24./25. Oktober 2008 in Naumburg</b></p>
---

## **Chancengleichheit für Frauen in gemeinnützigen Einrichtungen und privaten Unternehmen weiter fördern**

### ***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Die SPD-Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung von Sachsen-Anhalt werden aufgefordert zu prüfen, ob eine Erweiterung zum Landesgleichstellungsgesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit in gemeinnützigen Einrichtungen und in privaten Unternehmen vorgenommen werden kann. Folgende Inhalte sollen dabei berücksichtigt werden:

- Sowohl in privaten Unternehmen als auch in gemeinnützigen Einrichtungen werden durch weibliche Beschäftigte Gleichstellungsbeauftragte gewählt, die Mitbestimmungsrechte gegenüber der Personalentscheidung in Unternehmen besitzen.
- Die Gleichstellungsbeauftragten kooperieren mit den betrieblichen Interessensvertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Über die Verwirklichung der Chancengleichheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss mindestens einmal jährlich durch die privaten Unternehmen und gemeinnützigen Einrichtungen eine Berichterstattung erfolgen.
- Börsennotierte Unternehmen müssen sich durch gesetzliche Regelungen dazu verpflichten, dass in Aufsichtsräten Männer und Frauen mit mindestens 40 Prozent vertreten sind.
- Die Anwendung des Gleichstellungsgesetzes in privaten Unternehmen orientiert sich an der Betriebsgröße und soll über das Betriebsverfassungsgesetz geregelt werden.

<p style="text-align: center;"><b>Beschluss LPT-2008-21</b> <b>24./25. Oktober 2008 in Naumburg</b></p>
---

## **Mehr Frauen in Führungspositionen und Gremien**

### ***Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:***

Im Land Sachsen-Anhalt ist immer noch ein erheblicher Rückstand bei der Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen und Gremien (Aufsichtsräte und Verwaltungsräte mit eingeschlossen) festzustellen.

Es ist unbestreitbar, dass Frauen immer noch schlechtere Karrierechancen als Männer besitzen. Mit ansteigender Position im Beruf sinkt der Anteil von Frauen. Nur wenige Frauen sind in Führungspositionen und Gremien vertreten.

Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert ein Verfahren zu entwickeln, mit dessen Hilfe der Frauenanteil für Kandidaturen, Führungspositionen und Gremien erhöht werden kann. Mitte 2009 soll der SPD-Landesvorstand darüber Bericht erstatten.

Das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit soll dabei konsequent umgesetzt werden:  
Zu prüfen sind folgende Gesichtspunkte:

1. Einführung von Zielquoten bei der Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen und in Gremien in den Ländern und auf der Bundesebene.
2. Wirksame Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes
3. Sichtbarmachen von Frauen in der Öffentlichkeit
4. Mentoring-Programme für Frauen
5. Konsequente Frauenförderung
6. Unterstützung von Frauennetzwerken
7. Aufbau einer Expertinnendatei
8. Ausweitung der Aufgaben von Gleichstellungsbeauftragten in Landesbehörden



**Beschluss LPT-2008-22**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Änderung des Bundesgleichstellungsgesetzes**

*Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:*

Zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag und an die SPD-Bundestagsfraktion:

Das Bundesgleichstellungsgesetz ist im Sinne des Gender Mainstreaming so zu ändern, dass der Posten der Gleichstellungsbeauftragten auch von einem Mann ausgeführt werden kann. Alle entsprechenden Paragraphen, in denen dieser Posten nur im weiblichen Geschlecht aufgeführt ist, sind anzupassen.

**Beschluss LPT-2008-23**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Energieversorgung sozial gerecht gestalten**

*Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:*

Die SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass künftig eine bezahlbare, sichere und nachhaltige Versorgung mit Energie für alle Bürger ermöglicht werden kann. Hierzu wird die Einführung einer reformierten Pendlerpauschale die die unterschiedlichen Lebenssituationen der Menschen berücksichtigt, gefordert. Dies bedeutet: Pendlerpauschale wieder ab dem ersten Kilometer und eine sozial gerechtere Ausgestaltung der Pauschale durch einen Systemwechsel, der beinhaltet, dass alle Pendler gleichermaßen von der staatlichen Förderung profitieren, indem die gezahlte Pauschale direkt von der Einkommenssteuer abgezogen wird.

Auch ist im Sinne der sozialen Gerechtigkeit zu prüfen, wie Betroffene, die keine Einkommenssteuer zahlen, künftig von der Pendlerpauschale profitieren können.

Zur stärkeren finanziellen Beteiligung bisher Privilegierter an der Energie- und Klimaschutz-Politik der Bundesregierung wird die Einführung einer Verbrauchsgrenze gefordert, bis zu der Spritkosten für große Dienstwagen steuerabzugsfähig sind, die sich beispielsweise an der CO<sub>2</sub>-Grenze der EU von 120 g/km orientieren könnte.

Weiterhin wird die gesetzliche Festschreibung der finanziellen Mittel des Marktanreizprogrammes (MAP) zur Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien gefordert und gleichzeitig ist nach Wegen zu suchen, neben den Eigentümern selbst genutzten Wohneigentums auch die Eigentümer von Mietwohnungen zur ergänzenden Umstellung auf erneuerbare Energien zu bewegen.

**Beschluss LPT-2008-24**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Den öffentlichen Personenverkehr stärken**

*Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:*

Wir sprechen uns für eine Steuerbefreiung von Biokraftstoffen, die im öffentlichen Personennahverkehr sowie Schienenpersonennahverkehr verwendet werden, aus.

Vor dem Hintergrund steigender Benzinpreise sind Bahn und Bus Alternativen zum Auto. Die von uns angestrebte Steuerbefreiung für Biodiesel im ÖPNV/SPNV hilft den Verkehrsunternehmen um auf umweltfreundlichen, zum Teil in Sachsen-Anhalt hergestellten, Biokraftstoff umzustellen. Außerdem entlasten wir Kommunen und vor allem den Geldbeutel der Pendler in unserem Land.

**Beschluss LPT-2008-25**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Generelle Urabstimmung über den Spitzenkandidaten bei Landtags- und Bundestagswahlen**

*Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:*

Der Landesvorstand wird aufgefordert, eine Satzungsänderung zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorzubereiten, die die Anwendungen des § 13 Organisationsstatut zum Mitgliederentscheid für die Wahl des/der SpitzenkandidatIn für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ermöglicht.

**Beschluss LPT-2008-26**  
**24./25. Oktober 2008 in Naumburg**

## **Bundesversammlung**

*Der SPD-Landesparteitag hat beschlossen:*

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der SPD-Landesvorstand bei der Benennung der 5 SPD-Delegierten für die Bundesversammlung 2009, die neben den Bundestagsabgeordneten noch vom Landtag formal zu wählen sind, ein Mitglied der Jusos berücksichtigt.